schließen, den Betrieb der bei ihnen erscheinenden Zeitungen unter keinen Umständen wieder aufzunehmen, wenn sie nicht unter der Herrschaft von Spartakus stehen. Die Versammlung hob hervor, daß sie den von den Spartakisten gestellten Bedingungen nicht zustimmen können, sie verlangt haben, daß die Zeitungen unter verändertem Titel erscheinen und die Redakteure durch Spartakisten besetzt werden sollten. Die Vertrauensleute der Arbeiter und Angestellten und die Redakteure wiesen diese Bedingungen entrüstet ab. Wie in letzter Stunde gemeldet wird, ist es gelungen, den Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn und der Direktion zu einer Verständigung gekommen. Auf welcher Grundlage dies geschah, war bisher nicht festzustellen, insbesondere auch nicht, ob der Straßenbahnverkehr bereits heute wieder aufgenommen worden ist.

•

80 000 Mann Regierungstruppen.

Frankfurt a. M., 8. Januar. Die Frankfurter Nachrichten melden aus Berlin. Die Regierung hat jetzt 500 Studenten angeworben, deren Bewaffnung bereits stattgefunden hat. Die einzelnen Studentenkompanien werden von Frontoffizieren geführt. Die Zahl der Regierungstruppen soll jetzt auf 70 000 bis 80 000 Mann angewachsen sein, und diese Truppen, die über den Terror der Spartakusleute empört sind, sollen den Moment herbeisehnen, wo es losgeht. Erst nach Zusammenziehung der gesamten Macht ist mit der Befreiung der von Spartakusleuten besetzten öffentlichen Gebäude zu rechnen. Das Haupttelegraphen- und Fernsprechamt sind in den Händen der Regierung. Die Berliner Kasernen sind vollkommen gefechtsbereit. Jeder Mann hat 50 scharfe Patronen erhalten. Nach neueren Meldungen soll Hindenburg doch in Berlin sein. Man erwartet schon von seiner bloßen Anwesenheit einen Einfluß auf die regierungstreuen Truppen. Flieger umkreisen seit einiger Zeit die von Spartakusleuten besetzten Gebäude, insbesondere den Vorwärts.

• • •

Radeks Pläne.

Funkendienst Berlin, 8. Januar.

An Alle!

Der in Berlin weilende Radek hat die aufständischen Spartakusleute ermahnt, auszuhalten, bis russische Truppen hereinkämen; der Soldatenrat der 10. Armee würde die Russen durchlassen. Von der Ostfront wird uns mitgeteilt, der Durchmarsch der Russen sei ganz ausgeschlossen. Kein Soldat dulde die Einmischung der russischen Truppen in unsre revolutionären Kämpfe. Die Behauptung Radeks ist sinnlos und eine Beleidigung des deutschen Proletariats, dessen Söhne an der Front stehen.

gez.: Der Zentralverband der soz. Republik Deutschlands.
Leinert.

Scheidemann über die Berliner Kämpfe

Einem Vertreter des Holl. N.-Bureaus gab Scheidemann folgende Erklärung über die Berliner Kämpfe:

Für das Ausland müssen die Nachrichten aus Berlin verwirrend und vor allem verheerend wirken. Kampfberichte von zahllosen verschiedenen Stellen müssen den Eindruck erwecken, als sei Berlin ein einziges großes Schlachtfeld, auf dem sich ein blutiger Krieg abspielt. Sie als Augenzeuge wissen, daß der größte Teil Groß-Berlins von den Vorgängen nahezu unberührt ist. Das soll natürlich die Bedeutung und Gefährlichkeit der bolschewistischen Bewegung nicht verkleinern, deren Gewalttätigkeiten entgegenzutreten wir entschlossen sind. Wir haben dabei nicht nur den größten und besten Teil der Berliner Arbeiterschaft und Bevölkerung hinter uns, sondern auch nahezu ganz Deutschland. Für uns ist dieser Kampf keine Sache des Ansehens unsrer Partei oder gar unsres persönlichen Prestiges. Sie können mir glauben, wir alle in der Reichsregierung gingen lieber heute als morgen, wenn wir unsren persönlichen Wünschen Rechnung tragen dürften. Aber wir wissen, daß unser ganzes Volk von uns fordert, daß wir Ruhe und neue Möglichkeiten für Arbeit und Aufbau schaffen, und dieser Forderung wollen und können wir uns nicht entziehen. Wir werden unsre Mission durchführen nicht mit militärischen Zwangsmitteln, sondern mit dem Volke und seinen Kräften, die uns mit jedem Tage zahlreicher zuströmen. Es ist eine Riesenaufgabe, diese freiwillige Wehr zu organisieren. Vor allem haben wir eine Pflicht, die Regierung verhandlungsfähig zu machen und zu erhalten. Wir brauchen den Frieden. Daher ist es unsre Schuldigkeit, alles zu verhindern, was ihn gefährden könnte. Die schlimmste Gefährdung aber ist der Bolschewismus. Der Kampf gegen ihn ist ein Kampf um den Frieden. Wir haben die Revolution unter der Parole „Friede und Freiheit" gemacht. Das bleibt unser Programm, das wir mit äußerster Entschlossenheit durchführen werden gegen jeden, der den Frieden in Frage stellt und die Freiheit lähmen will.

Deutschösterreicher haben Stimmrecht bei den Nationalratswahlen.

Eine Verordnung der Reichsregierung bestimmt, daß die Angehörigen der deutschösterreichischen Republik, die am 19. Januar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben, das Recht haben, an den Wahlen zur Nationalversammlung in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz haben, und zwar auf Grund eines Ausweises einer in Deutschland befindlichen diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörde Deutschösterreichs oder Oesterreich-Ungarns.

Der Streik in Oberschlesien.

Beuthen und Glogau unterm Belagerungszustand.

Breslau, 9. Januar. Der Soldatenrat zu Breslau teilt mit: Ueber Beuthen und Glogau wurde der Belagerungszustand verhängt. Das stellvertretende Generalkommando und der Soldatenrat ordnen die Bildung von Garnisonbataillonen an. Gestellungspflichtig sind alle gedienten und ungedienten Bürger der Stadtgemeinde Glogau vom vollendeten 19. bis zum vollendeten 55. Lebensjahre. Freiwillige andrer Jahrgänge sind willkommen.

Polnische Hetzarbeit.

Oppeln, 9. Januar. In Königshütte herrscht jetzt Ruhe. Die nächsten Tage werden aber für Oberschlesien sehr kritisch werden, da die Polen mit allen Mitteln die Wahlhandlung für die Nationalversammlung zu stören drohen und dies ganz offen in Versammlungen aussprechen. Wenn den törichten Forderungen der spartakistischen Arbeiter nachgegeben würde, würde um den 19. Januar herum Oberschlesien ähnliches erleben wie Posen. Es ist so ziemlich sicher, daß unter den Spartakisten auch polnische Agitatoren stehen. Das geht deutlich aus der Verquickung von spartakistischen mit polnischen Forderungen hervor.

•

Die Ausdehnung des Streiks.

Oppeln, 9. Januar. Auch die Arbeiter der galizischen Steinkohlengruben sind in den Ausstand getreten. Sie haben außer ungeheuren Lohnforderungen besonders das Verlangen geäußert, daß sämtliche männlichen jüdischen Einwohner der Stadt Jaworzno sich bereit erklärten, in Zukunft unter Tage in den Gruben zu arbeiten. Ueber diese Forderung wird zur Zeit noch verhandelt. Die Lohnforderungen sollen zum großen Teil bewilligt worden sein.

Beuthen, 9. Januar. Der Betrieb auf der Heinitzgrube ruht heute vollständig. Auf der Radzionkau-Grube sind die Arbeiter teilweise eingefahren. Auf den Gruben der Berginspektion Königshütte ist der Grubenbetrieb heute wieder aufgenommen worden. Die Myslowitz-Grube, die gestern still lag, nahm die Arbeit heute wieder auf.

Die polnische Herrschaft.

Posen, 9. Januar. In einer Bekanntmachung erklärt der Oberste polnische Volksrat, daß durch die Macht der Ereignisse der letzten Tage sowohl die Regierung als auch die militärische Gewalt auf die Polen übergegangen sei. Die endgültige Regelung der polnischen Frage werde dem Friedenskongreß zu überlassen sein. Die Beamten werden aufgefordert, ihre Stellungen nicht aufzugeben. Der deutschen und der jüdischen Bevölkerung wird die Sicherheit des Lebens und Eigentums zugesichert. Ueber die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, die Uebernahme der höchsten Behörden und über die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln werden besondere Anordnungen ergehen.

•

Posen, 9. Januar. Gestern mittag 12 Uhr versuchten erneut drei Flugzeuge aus Frankfurt a. d. Oder Bomben auf die Fliegerstation Lanica abzuwerfen. Infolge der Abwehr durch die Maschinengewehre warfen sie ihre Bomben in der Umgebung nieder. Durch eine der Bomben wurde der elfjährige Sohn eines Besitzers getötet. Drei andre Personen wurden verwundet und Schaden an Gebäuden angerichtet. Als Abwehrmaßnahme gegen derartige Angriffe wurde angeordnet, daß nunmehr deutsche Offiziere auf der Fliegerstation Lanica einquartiert werden.

Die Alliierten-Konferenz.

Basel, 10. Januar. Der Oberste Kriegsrat der Entente, der heute zusammentreten sollte, um die verschiedenen Friedensfragen zu behandeln, konnte nicht stattfinden, weil Lloyd George durch die Umgestaltung des Kabinetts in England zurückgehalten wird. Die Konferenz der vier Großmächte Frankreich, England, Amerika und Italien wird dadurch kaum vor Sonntag, wahrscheinlich erst Montag den 13. Januar beginnen.

Die Demobilmachung.

Abschrift.

Auszug aus Armee-Verordnungs-Blatt 1919, Ziffer 12:

Demobilmachungs- und Landsturmauflösungs-Befehl.

1. Das Heer und die Marine sind unter Anlehnung an die Bestimmungen des Demobilmachungsplanes demobil zu machen. Ueber die weitere Gestaltung des Heeres wird später entschieden werden.
2. Als Tag des Befehls zur allgemeinen Demobilmachung gilt der 10. Januar 1919, und zwar mit der Maßgabe, daß alle Formationen, die sich bereits im Demobilmachungsorte befinden, am 10. Januar 1919, alle andren Formationen am Tage nach dem Eintreffen im Demobilmachungsort demobil werden.
3. Sicherheits-, Kranken- und Arbeitsdienst, Rückführung der Feldtruppen, Gefangenenbewachung und Grenzschutz sowie Durchführung und Abwicklung der Demobilmachungsgeschäfte müssen unter allen Umständen gewährleistet bleiben.
4. Ueber die Entlassung der Angehörigen des Heeres, soweit es die Aufgaben unter 3 zulassen, trifft das Kriegsministerium, über die der Marine das Reichs-Marineamt Bestimmung. Zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigte werden wie die andren Angehörigen ihres Jahrgangs behandelt. — Einjährig-Freiwillige der Jahrgänge 1898 und 1899 dürfen auch dann nicht entlassen werden, wenn sie bereits ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht genügt haben.
5. Der Landsturm wird aufgelöst, die Landsturmpflichtigen werden entlassen, sobald es die unter 3 genannten Aufgaben zulassen.
6. Für Bayern wird Demobilmachung und Auflösung des Landsturms besonders befohlen.

Berlin, 31. Dezember 1918.

Die Reichsregierung.
gez.: Ebert. gez.: Scheidemann.
Der Kriegsminister.
gez.: Scheüch.
Der Unterstaatssekretär.
gez.: Göhre.

Die Stellung der Frau im Volksstaat.

Von Anna Blos.

Der Frau ist im Klassenstaat immer das Recht abgesprochen worden, an den Arbeiten des Staats teilzunehmen. Wir Sozialdemokraten aber sind von jeher der Meinung gewesen, daß die Beteiligung der Frauen an den Interessen des Staates der Politik nur förderlich sein kann. Nun ist zudem die Politik des Volksstaats eine ganz andre als die des Klassenstaats. Der Volksstaat ist ein Staat, der vom Volke regiert wird; das Volk aber besteht aus Männern und Frauen. Der Volksstaat ist ein großes Haus, und die Frau hat in diesem Haus die Aufgabe, die gleichen Interessen wahrzunehmen, die ihr bisher als Hausfrau und Mutter gestellt waren, d. h. für Ordnung und Behaglichkeit zu sorgen und für das Wohl der Kinder zu arbeiten. In dem großen Hause Volksstaat sind viele Wohnungen; auch im Klassenstaat waren viele Wohnungen, diese waren aber sehr ungleich verteilt, d. h. einige Familien und gewöhnlich die, die am wenigsten Kinder hatten, hatten mehrere Häuser auf einmal oder riesengroße Wohnungen, von denen sie immer nur einen Teil benutzen konnten. Für die armen, kinderreichen Familien waren die Wohnungen im Klassenstaat meist ungenügend.

Da die Wohnungsfrage die allerwichtigste Grundlage ist für alle Bevölkerungspolitik, so war keine Möglichkeit für die meisten Arbeiterfamilien, gesunde Kinder groß zu ziehen. Die engen, überfüllten, sonnenlosen Wohnungen legten den Grund zu einer Reihe von sogenannten Wohnungskrankheiten. Die Kinderkrankheiten, die Englische Krankheit, die Skrofulose, die Rachitis finden wir fast ausschließlich bei den Kindern des Proletariats. Aber auch für die Verbreitung einer Reihe von Volkskrankheiten liegt der Grund in den schlechten Wohnungsverhältnissen. Für die Tuberkulose gibt es in solchen Wohnungen nicht nur wenig Möglichkeit, sich auszuheilen, sondern auch die Ansteckungsgefahr für alle übrigen Familienmitglieder ist hier besonders groß. Man hat Millionen für Lungenheilstätten ausgegeben, statt diese Millionen anzulegen, um gesunde Wohnungen zu schaffen.

Hand in Hand damit geht die Mitarbeit bei den Fragen der Bevölkerungspolitik. Hier spielt speziell der Schutz der Arbeiterinnen eine besonders große Rolle. Bisher galt die Arbeitsleistung der Frau für wichtiger als die Notwendigkeit, ihre Gesundheit als Frau und Mutter zu schützen.

Die Forderungen, die die Sozialdemokratie seit 40 Jahren aufgestellt hat für den Arbeiterinnenschutz müssen jetzt energisch, und zwar durch die Frauen unterstützt, durchgeführt werden. Wir brauchen eine ausgedehnte Mutterschaftsversicherung für Arbeiterinnen und geplagte Hausfrauen. Wir brauchen eine kurze, und zwar möglichst nur sechsstündige Arbeitszeit damit den Frauen die Möglichkeit gegeben ist, sich zu erholen und sich ihrer Familie zu widmen. Wir fordern weiter das Verbot der Nachtarbeit und das Verbot der Arbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben, insbesondere an Maschinen, die dem weiblichen Organismus schädlich sind.

Die Folge dieser gesundheitsschädlichen Arbeit ist eine ungeheuer große Säuglingssterblichkeit in Deutschland. Fast die Hälfte aller Säuglinge, die geboren werden, stirbt schon im ersten Lebensjahre. Das bedeutet eine Verschwendung von Frauenkraft und Gesundheit, bedeutet aber auch einen großen Rückgang der Bevölkerung.

Eintreten müssen die Frauen ferner für die rechtliche Gleichstellung der unehelichen Kinder. Heute sind zwei Fünftel aller Geburten unehelich. Mütter wie Kinder werden verfolgt, verachtet, der Mann steht schuldlos da in dem Klassenstaat. Die Möglichkeit ausreichenden Verdienstes wird die Möglichkeit geben, leichter und früher Ehen zu schließen, und ganz von selbst werden dadurch die unehelichen Geburten abnehmen.

Der aufgelöste Reichstag, d. h. die Kommission für Bevölkerungspolitik, die nur aus Männern bestand, wollte Gesetze machen, die die Frau zur Mutterschaft zwingen wollten, ohne ihr die Möglichkeit zu geben, gesunde und tüchtige Kinder aufzuziehen. Für die Frauen sollte der Kauf von Schutzmitteln verboten sein, damit wäre nur der Schleichhandel und Wucher gefördert worden; den Aerzten sollte verboten werden, die Schwangerschaft zu verhüten, dadurch wäre die Kurpfuscherei noch mehr gefördert worden und die Gesundheit Tausender von Frauen geschädigt.

Die Möglichkeit, gesunde Kinder zur Welt zu bringen und gut zu erziehen, ist weitaus die beste Bevölkerungspolitik, und hier ist gewiß die Mitarbeit der Frau nicht nur förderlich, sondern selbstverständlich.

Natürlich müssen die Frauenlöhne bei gleicher Leistung denen der Männer gleich sein.

Zur Ausgestaltung und Ueberwachung der Frauenarbeit müssen Frauen mitarbeiten in den Arbeitsämtern und in den Berufsberatungsstellen. Auch den Mädchen muß Gelegenheit gegeben werden, sich in allen Berufszweigen, die ihnen passend erscheinen, auszubilden, denn ein großer Schaden bei der Frauenarbeit ist die ungelernte Arbeit. Als Frauen und Mütter müssen wir für die Kinder, und zwar für alle Kinder, durch die Einheitsschule eine einheitliche Grundlage für alle fordern. Heute ist die Bildung eine Marktware, die allen denen vorenthalten ist, die den entsprechenden Preis nicht dafür bezahlen können. In der Zukunftsschule werden die Bildung und die Berufsausbildung nicht vom Geldbeutel, sondern von der Begabung bestimmt werden müssen; insbesondere werden wir auch für die Mädchen freie Bahn fordern müssen auf allen Gebieten. Gerade hier aber müssen wir darauf hinweisen, daß eine bessere Mädchenerziehung den Grund legt zu verständnisvollen Gattinnen, zu verantwortungsvollen Müttern und zu künftigen Staatsbürgerinnen. Haus und Schule dürfen nicht mehr nebeneinander oder gegeneinander, sondern müssen immer miteinander arbeiten.

Mangelhafte Schulbildung, Hand in Hand mit ungünstiger sozialer Lage legen auch den Grund zu den vielen Verfehlungen der Jugendlichen, die während des Krieges erschreckend zugenommen haben. Auch hier müssen die Frauen mithelfen, daß andre Maßnahmen bei der Jugendfürsorge getroffen werden, als bisher vielfach üblich war.

Ebenso wird die Mitarbeit der Frau wertvoll sein bei der Waisenpflege, der Uebernahme der Vormundschaft, bei der Hinterbliebenenfürsorge, der Armenfürsorge; und zwar muß alles das im Volksstaat nicht Wohltätigkeit, sondern reine Wohlfahrtspflege sein.

Auch bei der Lebensmittelversorgung muß die Stimme der Frau als Käuferin und Verbraucherin gehört werden. Als Frauen sind wir hier besonders interessiert für eine bessere hauswirtschaftliche Ausbildung der künftigen Frau und Mutter.

Bei der Justizverwaltung unterlag bisher die Frau den gleichen Gesetzen wie der Mann, hatte aber keinen Einfluß auf die Strafgesetzgebung. Wir hatten eine Klassenjustiz und brauchen eine gerechte Justiz für alle Bürger und Bürgerinnen des Volksstaates.

Ebenso brauchen wir eine gerechte Finanzpolitik. Es ist niemand eingefallen, die wenig erwerbenden Frauen von den Steuern zu befreien. Alle Frauen, insbesondere aber die minderbemittelten, hatten schwer zu leiden unter den indirekten Steuern. Die Steuern müssen von den Besitzenden, besonders aber von den Kriegsgewinnern getragen werden, und namentlich kinderreiche Familien müssen Steuerermäßigung erhalten.

Da diese Politik des Volksstaates eine soziale Politik ist, so wird der Volksstaat vor allem für Ordnung im Innern zu sorgen haben, und wird daher mit allen andren Völkern im Frieden leben wollen. Welche Frau aber, die diesen furchtbaren Krieg erlebt hat, würde nicht alles daran setzen wollen, um zu helfen, daß in Zukunft niemals wieder ein so schreckliches Massenmorden möglich ist?

Alle diese Gründe und eine Reihe andrer sprechen dafür, daß die Mitarbeit der Frau im Volksstaat notwendig ist. Sie sprechen aber auch dafür, daß die Frauen erkennen, daß es immer nur eine einzige Partei gegeben hat, die alle diese Forderungen aufstellte, die im Interesse der Minderbemittelten, aber auch im Interesse beider sind, die geistig Not leiden.

Aufgabe aller Wählerinnen ist es heute, so zu wählen, daß sowohl bei der Nationalversammlung wie bei der Landesversammlung die Vertreter der Sozialdemokratie so stark vertreten sind, daß unsre Forderungen sich verwirklichen lassen. Wenn heute auch die andren Parteien ähnliche Versprechungen machen, so genügt es wohl, daran zu erinnern, daß sie bisher immer die Macht in Händen hatten, und niemals diese Macht im Interesse des Volkes, sondern stets im Interesse ihrer eignen Klasse zum Schaden der Gesamtheit ausgenutzt haben.

Aus aller Welt.

Folgen des Kohlenmangels.

Breslau, 9. Januar. Infolge Kohlenmangels sieht sich die elektrische Straßenbahn zu einer Einschränkung des Betriebs genötigt. Sollte die Kohlenlieferung nicht besser werden, so ist völlige Betriebseinstellung zu befürchten.